

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

Mus den Lannen

Sprechere  
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wiederpreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge Mangel oder Betriebsänderung behält kein Abnehmer auf Verlangen. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamzeile 25 Goldpfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Dr. 154

Altensteig, Samstag den 4. Juli.

Jahrgang 1925

## Zur Lage.

Mit der sommerlichen Wärmewelle des Juli steigt auch das politische Thermometer in der deutschen Politik. Ein Erfahrungstatsache, die man auch in diesem Jahre im deutschen Reichstag in bezug auf die entscheidenden Fragen der deutschen Innen- und Außenpolitik machen kann. Bis 19. 7. soll der Reichstag die Fülle der Steuern-, Zoll- und Aufwandsangelegenheiten erledigen, ehe die Sommerferien beginnen. Aber schon verlautet, daß man bis zum 28. Juli beieinander bleiben müsse, um die Vorlagen alle zu verabschieden. Und prompt hat sich auch wieder so etwas wie eine Regierungskrise angemeldet. Daß sie im Zusammenhange mit den großen Entscheidungen in der Sicherheitsfrage steht und sich vor allem um den Außenminister Dr. Stresemann dreht, der im Februar d. J. sein Sicherheitsangebot ohne Zustimmung des Reichstages dem Reichstag vorgelegt hat, ist bekannt und der Deutschnationalen abgelehnt haben soll, bildet den Hintergrund. Letzten Endes handelt es sich aber darum, ob die Deutschnationalen in der Regierung die Politik in der Sicherheitsfrage billigen und unterstützen. In ihrer Presse tritt einseitig hervor, daß das weitgehende Angebot Stresemanns in der Sicherheitsfrage große Bedenken und scharfen Widerspruch ausgelöst hat, namentlich jetzt, nachdem die französische Antwortnote ersichtlich gemacht hat, daß der Geist der alten Entente weiterlebt und in verbrämten diplomatischen Redemondungen Deutschland an den Verfallvertrag und die später neu hinzugekommenen Klauseln binden will. Die neue Luftfahrtnote hat dies ja zur Genüge nachgewiesen.

Darum hat die Deutsche Volkspartei zur Klärung der politischen Lage und des Verhaltens ihres Ministers Stresemann eine außenpolitische Aussprache im Reichstage gefordert, nach der durch ein Vertrauensvotum eine Entscheidung über die Politik und die Regierung fallen soll. Indes hat die Volkspartei in letzter Stunde wieder davon Abstand genommen und außenpolitische Richtlinien aufgestellt. Ob damit die außenpolitische Aussprache wegfällt scheint noch fraglich. Aus amtlichen Mitteilungen der letzten Tage zu den Regierungsbesprechungen über die Sicherheitsfrage ging hervor, daß das Kabinett in der Auffassung der Lage einig ist und in den nächsten Tagen eine Zwischennote nach Paris abgeben will, wonach die Reichsregierung zu weiteren Verhandlungen über die Sicherheitsfrage bereit ist. Am Ende der kommenden Woche soll nun im Reichstag durch eine außenpolitische Debatte Klarheit geschaffen werden und dabei muß sich zeigen, ob bei den Deutschnationalen die Extremen um Freitag-Loringhoveen maßgebenden Einfluß haben, oder ob es nur Theaterdonner ist, der schließlich bei jeder Partei und in jeder Parteipresse gemacht wird. Es liegt im Interesse Deutschlands, daß die Sicherheitsfrage im Klaren bleibt und daß es zunächst zu Verhandlungen kommt. Dabei soll nicht gesagt sein, daß man, wie es die Linke vielfach wünscht, sich in den Völkerbund stürzt und das feingekochene Reg. der Völkerbundsfähigkeit über den Kopf werfen läßt. Die Befriedung Europas fordert aber Opfer von allen Mächten.

Eines freilich muß, wenn der Sicherheitsvertrag zustande kommen soll, ausgeschaltet werden, der alte rachsüchtige und neidische Geist, der in Paris und London noch immer Krampf ist. Denn die Luftfahrtnote der Entente bildet ein würdevolles Gegenstück zu ihrer Entwaffnungsnote an Deutschland. Es dreht sich bei diesem neuen Schriftstück der Pariser Konferenz um die zivile Luftfahrt in Deutschland, da uns die militärische verboten wurde. Und es handelt sich um eine Auslegung von Begriffsbestimmungen, die nunmehr zu einer einseitigen mit angeblichen Verletzungen Deutschlands begründeten Zwangsmahnahme gelangt sind. Die Note bedeutet den schwersten Schlag gegen die deutsche Luftschiffahrt. Die wenigen Erleichterungen, die in ihr zugestanden wurden, sind technisch bedeutungslos. Das Kontrollrecht über die deutsche zivile Luftschiffahrt soll neu und dauernd verankert werden. Es sind geordnet: Nachweise über die Fabriken, die Ein-, Aus- und Durchfahrt von Luftfahrzeugen und Luftfahrzeuggeräten, Herstellung über alle Flugzeuge, Flugzeugführer und Flugzeugführer. Die ganze Luftschiffahrt Deutschlands soll dem Gutdünken einer Ententebehörde ausgeliefert werden ohne jeden Rechtsanspruch, die Flugzeugindustrie unterbunden werden. Die Reichsregierung wird in Verhandlungen versagen müssen, die Einschränkung der schwersten Bestimmungen zu erreichen, zum Teil auch die Aufhebung dieses über den Friedensvertrag hinausgehenden Ententedikts.

Stiegen so die außenpolitischen Dinge in den Westproblemen um Sicherheitsfrage, Entwaffnung und Luftfahrt in der Sommerschwüle der Gewitterbildung, wobei noch besonders der kritische Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen mitwirkt, so darf man ruhig sagen, daß auch im Osten die Dinge eine Verschärfung erfahren haben. Polen hat, trotzdem zwischen Deutschland und ihm noch Verhandlungen über ein Wirtschaftsprotokoll im Gange sind, den Wirtschaftskrieg vom Zaune gerissen. Durch zahlreiche Einfuhrverbote für deutsche Waren wurde die Reichsregierung zu Gegenmaßnahmen gezwungen, die nun in Wirksamkeit getreten sind. Eine Reihe von Kampfzollfahnen beim wirtschaftlichen Verkehr mit Polen wurde bereits verhängt. In Oesterreich wird unter Führung des Außenministers Dr. Mataja eine wirtschaftliche Verständigung mit Tschechen und Polen erstrebt. In Rußland wagt die Sowjetregierung keine Kadelstiche gegen Deutschland. Im Prozeß gegen zwei deutsche Studenten, die des Terrors gegen die Sowjetregierung beschuldigt sind, wurde die Todesstrafe verhängt. Man will in Moskau zum Leipziger Tschelaprotz ein Gegenstück produzieren, denn die Mächenschaften der russischen Sowjets wurden doch zu deutlich aufgedeckt. Die Justizkomodie gegen Deutsche wird aber an der Tafel nichts ändern, daß man in Rußland noch immer versucht, die Weltrevolution in allen Staaten voranzutreiben.

Der französische Finanzminister Caillaux hat mit der Durchpfeilung seines Finanz- und Sanierungsprogrammes in der Kammer einen großen Erfolg errungen. Es ist der erste Schritt zur Befundung der französischen Finanzen, wenn auch zunächst der Rotenlauf um 6 Milliarden erhöht wurde. Schon vor dem Kriege hat Caillaux dem Parlament die Einkommensteuer abgerungen, in den letzten Tagen dazu noch eine bedeutend erhöhte Einkommensteuer für Kinderlose. Die bisherige unsolide Finanzwirtschaft Frankreichs gründete sich auf Poinecares Behauptung, Deutschland werde alles zahlen. Seitdem hat aber Amerika als der ungeduldige Gläubiger in Paris ein ernstes Wort gesprochen auch bei den anderen europäischen Gläubigerstaaten. Es spielt hinter dieser innerpolitischen Frage doch die große Weltpolitik. Caillaux wird nach mehr Steuern fordern müssen. Wohl hat er die französischen Rentner und Kapitalisten von der Kapitalabgabe verschont, aber die Steuern werden kommen. Dahinter lauern die innerpolitischen Krisen Frankreichs. Solche mögen auch noch aus dem französischen Kolonialkrieg in Rußland erwachsen. Denn die Risikante sind noch immer im Angriff und die Franzosen in Verteidigung.

Die Wirren in China verdichten sich jetzt zu einer diplomatischen Aktion. Die Chinesen erklären sich bereit an einer Mächtekonferenz teilzunehmen, die die internationalen Beziehungen und Rechte regeln soll. Die Anregung dazu erfolgte aus Amerika, und die Schieberei in Schanghai gab den Anlaß dazu. Es handelt sich dabei um Abschaffung der sogenannten Exterritorialrechte der Fremden in China, auf die Deutschland verzichtet hat. Die nationalchinesische Bewegung fordert, daß die Fremden den chinesischen Gesetzen und Gerichten unterstellt werden. Bis nach Berlin herein hat sich diese Bewegung in dem bekannten Zwischenfall mit den chinesischen Studenten bemerkbar gemacht.

In kommender Woche soll im Reichstag das Aufwandsgesetz verabschiedet werden. Die Beschlüsse des Aufwandsausschusses des Reichstages bedeuten eine wesentliche Verbesserung der Regierungsvorlage, stoßen aber auf den Widerstand der Linken und vor allem auf den der Aufwandsorganisationen. Wer aber die Frage im Rahmen der Gesamtwirtschaft und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit betrachtet, wird seine Stellungnahme zu dem Gesetz nicht von dem einzelnen Fall abhängig machen. Es ist zweifellos im Interesse aller, daß ein möglichst hoher Aufwandsfaktor in Prozenten geschlich verankert wird. Aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen wie der Gesamtheit darf nicht beeinträchtigt werden, sonst ist das tägliche Brot vieler und die Arbeit von Millionen in Gefahr. Die individuelle Aufwertung ist für jeden mit der Materie Vertrauten ein Ding der Unmöglichkeit, obwohl sie dem Rechtsempfinden des Volkes entsprechen würde. Daß aber Krieg, Revolution und Inflation hier grundlegende Veränderungen mit sich gebracht haben, dürfte für alle Verhandlungsbereiten bei Ausschaltung aller agitatorischen und politischen Motive, die derzeit stark im Vordergrund stehen, offen zu Tage liegen.

## Zur Sicherheitsfrage

Berlin, 2. Juli. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung:

Nachdem der Herr Reichstagskanzler in seiner Besprechung mit Vertretern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei diesen heute die Erklärung abgegeben hat, daß eine Aussprache über die außenpolitische Lage im Reichstag noch in dieser Tagung stattfinden werde, ist die Absicht der Fraktion, eine alsbaldige Klärung der politischen Lage herbeizuführen, erreicht. Die Reichstagsfraktion behält sich eine erneute Initiative vor, sobald die in der heutigen Erklärung der Reichsregierung angeforderte Beantwortung der französischen Note vorliegt. Dementsprechend hat die Fraktion von der Einbringung einer Interpellation zunächst abgesehen.

Der „Tägl. Rundschau“ zufolge, hat die Reichstagsfraktion der D.V.P. Richtlinien für den Abschluß eines Sicherheitspactes aufgestellt, in denen es heißt, die D.V.P. stimme der Initiative der Reichsregierung zu, eine Lösung der Sicherheitsfrage nicht gegen Deutschland herbeizuführen. Sie fordere, daß die in Gang gedachten Erörterungen in dem Grundgedanken des deutschen Memorandums fortgeführt würden unter Ablehnung jeder Hereinziehung der militärischen Bündnispolitik Frankreichs. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei vor der Räumung des Ruhr- und des Sanktionsgebiets, sowie der ersten Rheinlandzone undenkbar. Er sehe das Festhalten an den Grundgedanken des deutschen Memorandums über den Völkerbund voraus. Wenn auch der Sicherheitspact den Verfallvertrag nicht abändere, so könne doch Deutschland keine Verschlechterung der sich aus dem Vertrag ergebenden Lage hinnehmen. Im Zusammenhang mit einem Sicherheitspact ergebe sich die Notwendigkeit, die Befestigung und das Rheinlandabkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Alle Streitigkeiten aus dem Verfallvertrag, insbesondere auch über die Entmilitarisierung des Rheinlands, sowie über das Rheinlandabkommen müßten einem Schiedsverfahren unterstellt werden. Die Wiederaufnahme früherer Sanktionsmaßnahmen sei abzulehnen. Schiedsverträge dürfe Deutschland nur als Subjekt seiner Politik in voller Freiheit abschließen. Die Garantie und Entscheidung über ihre Verletzung durch den Bundesgenossen eines Vertrags sei mit den Völkerbundsgrundsätzen unvereinbar. Nur bei Wahrung aller dieser Grundsätze scheine der D.V.P. der Abschluß eines Sicherheitspactes mit Deutschlands Interessen vereinbar.

Die komm. Reichstagsfraktion hat eine Interpellation angebracht, in der sie die sofortige Zurückziehung des Stresemannschen Memorandums fordert und die Regierung fragt, ob es noch eine einheitliche Außenpolitik des Kabinetts Luther gebe.

## Neues vom Tage.

### Todesurteil im Moskauer Studentenprozeß

Moskau, 3. Juli. Der Oberste Gerichtshof verurteilte nach 5 1/2 stündiger Beratung Kindermann, Wolscht und v. Dittmar zur Todesstrafe.

Moskau, 3. Juli. Gegen das vom Obersten Gerichtshof gegen die drei deutschen Studenten Kindermann, Wolscht und v. Dittmar gefällte Urteil kann Berufung nicht eingelegt werden. Den Verurteilten steht jedoch das Recht zu, innerhalb einer Frist von 72 Stunden nach Einhängung des Urteils ein Gnadengesuch beim Zentralerekutivkomitee der Sowjetunion einzulegen.

### Ergebnis der holländischen Kammerwahlen

Amsterdam, 3. Juli. Nach dem vorläufigen nichtamtlichen Gesamtergebnis der Wahlen zur zweiten Kammer verteilten sich die Mandate auf folgende Parteien: Römisch-katholische Staatspartei 30 (1922: 32 Sitze), Antirepublikaner, die Partei 13 (16), Christliche Partei 11 (11), Protestantische Ref. -partei 1 (0), Sozialisten 24 (20), Liberale Partei (Freiheitsbund) 9 (11), freisinnige Demokraten 7 (6), Agrarpartei 1 (2), Katholische Volkspartei 1 (0), Protestantische Volkspartei 1 (0), Kommunisten 1 (2). Die jetzige aus den drei großen Rechtsparteien bestehende Regierungskoalition behält also mit 54 Sitzen die absolute Mehrheit.

### Zu den Wirren in China

London, 2. Juli. Nach einer Blättermeldung aus Swatow hat sich die Lage verschlechtert. Agitatoren suchen an Bord britischer Handelschiffe zu kommen und die Kaun-

haft zur Desertion zu überreden. Sie wurden von britischen Matrosen vertrieben. Später griff die Menschenmenge die Fremdenhotels an und richtete erheblichen Schaden an. Matrosen von dem britischen Kriegsschiff „Bluesbell“ wurden gelandet und zerstreuten die Ruhestörer.

#### Budgetberatung in der französischen Kammer

Paris, 3. Juli. Die Kammer ist abends um 9.30 Uhr zu einer Nachsitzung zusammengetreten, um die Verhandlungen über das Einnahmehudget für 1925 zu beenden. Um 8 Uhr vormittags tagte die Kammer immer noch. Im Laufe der Sitzung hat die Kammer mit 343 gegen 223 Stimmen beschlossen, eine Fremdensteuer einzuführen. Die Identitätskarte, die jeder Fremde nach einem Monat Aufenthalt erwerben muß, wird mit 200 Franken berechnet, von denen 100 Franken dem Staat, 25 Franken dem Departement und 75 Franken den Kommunen zufallen sollen.

#### Zum Justizmord

Moskau, 3. Juli. Die Verteidigungsrede Kindermann dauerte etwa 4 Stunden, da jeder Satz ins Russische übersetzt wurde. Kindermann schilderte ausführlich seinen depressierten physischen und psychischen Zustand im Gefängnis. Er stand dort unter dem Einfluß des in seine Zelle gerichteten Bauwagens, unter dessen Druck er seine ihn belastenden Aussagen machte. Die Gifte, die als corpus delicti fungieren, sind nach Kindermann nachträglich in sein Gepäck hineingebracht worden. Wolschitz verzichtet darauf, eine Verteidigungsrede zu halten, und erklärt, die Antwort auf die Anklage würden andere Leute an anderer Stelle geben. Staatsanwalt Kropenko betont in Bezug auf die Erklärung Wolschitz, daß eben deshalb die erste festgenommene falschfalsche Expedition vernichtet werden müsse, damit die Nachfolger ihr Schicksal kennen. Im Schlusswort ruft Kindermann: Möge der Staatsanwalt seinen Justizmord vollenden!

## Deutscher Reichstag

Berlin, 2. Juli.

Im Reichstag wurde am Donnerstag in Uebereinstimmung mit dem Beschluß zweiter Lesung beschlossen, daß Fahrverträge, die nach der bisherigen Gesetzgebung der Pachthochordnung nicht unterlagen, unberührt bleiben. In der Schlussabstimmung wurde die Novelle im ganzen mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Berlin, 3. Juli.

Am Freitag nahm der Reichstag in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf über das internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollformlichkeiten an. Der Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Reichsverwaltungsgesetzes und derer Verordnungen wird an den Kriegsbeschädigtenausschuss überwiesen und das Haus wendet sich dann der Weiterberatung des Etats des Finanzministeriums zu. Nach längerer Debatte schließt die Generalaussprache und die Einzelberatung des Finanzetats. Das Haus bewilligt den Etat in zweiter Lesung und wendet sich dann der Beratung des Gesetzentwurfes über die Aenderung des Gesetzes über die Erhaltung von Rechtsanwaltsgebühren im Armenfachen zu.

## Württembergischer Landtag

Stuttgart, 3. Juli. Die große politische Aussprache, die sich an jeden Etat zu knüpfen pflegt, die Generaldebatte, wurde Freitag vormittag im Landtag fortgesetzt. War gestern die Opposition zum Wort gekommen, so kamen heute die Redner der Regierungsparteien an die Reihe, zunächst der Abg. Dr. Ströbel (F.F.), der nach einer Polemik gegen die Abg. Höhring und Scheef den Satz aufstellte, daß für den Staat das Wichtigste die Wirtschaft und nicht die Kultur sei, weil man zuerst leben müsse. In diesem Sinne trat der Redner für einen Schutz der Landwirtschaft ein, deren Not er eingehend schilderte. Er forderte dann aber auch noch die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen. Abg. Boss (Zir.) erklärte in der Finanznot den Diktator, nach dem man immer gefahren habe. Da man die Katastereuern nicht weiter erhöhen könne, blieb nichts anderes übrig, als die Gebäudemischungssteuer mehr für Staatszwecke heranzuziehen. Die Uebertragung der Schullasten auf die Gemeinden sei zwar kein idealer Weg und könne zu kulturellen Schäden führen, aber eine harte Notwendigkeit, um den Etat auszugleichen und bei einer Finanznot ließen sich kulturelle Einbußen nicht vermeiden. Den Gemeinden müsse man allerdings das Recht zur Erhöhung der Umlage geben, um sie Mittel für die Lösung ihrer Aufgaben zu erhalten. Die Wohnungsfrage sei eine Geldfrage und das Bauen dürfe nicht übertriebene Forderungen der Bauarbeiter nicht ganz unmöglich gemacht werden. Schutzgölle seien ein wichtiges Mittel für eine gesunde Wirtschaftspolitik. Die Individualbewertung sei die einzig richtige Lösung dieser Frage und nicht Festen, sondern Festen der Weg, der das deutsche Volk zur Freiheit führe. Abg. Egelhaaf (D.B.) behandelte Fragen der Reichspolitik, verlangte einen Zollschutz für die Landwirtschaft und bemerkte zu dem Fall des Herzogs Albrecht, daß man dessen Vorgehen als zwecklos tadeln könne, doch müsse man sich in die Seele des Herzogs hineinversetzen, der sich für den rechtmäßigen Inhaber der württembergischen Krone halte. Der Herzog habe durch das Eintreten für Hindenburg dem deutschen Volk einen Dienst erwiesen. Abg. Merzenthaler (B.D.L.) wandte sich den Fragen der Außenpolitik zu und nannte es eine ungeheure Anmaßung und Landesverrat, daß Dr. Stresemann die Sicherheitsnote an die Entente hinausgab, ohne vorher die anderen Regierungsmitglieder zu verständigen. Stresemann wolle lediglich bei seiner westlichen Orientierung Schwerindustrie und Großkapital zusammenbringen, weil sich diese Kreise aus der wirtschaftlichen Verbindung von Frankreich und Deutschland großen Gewinn versprechen.

Stuttgart, 3. Juli. Bei der fortgesetzten Generaldebatte zum Etat hatte ausschließlich die Regierung das Wort. Der Staatspräsident Bazille erklärte, wenn es der Regierung nicht möglich war, die Zufriedenheit des ganzen Volkes zu erreichen, so sei das auf die Charaktereigenschaften des deutschen Volkes zurückzuführen, auch dann unzufrieden zu sein, wenn es ihm gut geht. Der Vorwurf der Städtefeindlichkeit und der agrarischen Gesinnung entbehre jeder Grundlage. Die Regierung müsse dem Stande helfen, der ungerecht belastet sei. Wenn man sehe, wie die Städte gegenwärtig wirtschaften, so könne man nicht bestreiten, daß sie die Schullasten zu tragen vermögen. Mit Ende dieses Sommers sollten die Städte mit der Ueberzahl von Veranlagungen Schluß machen. Solange man keine anderen Einnahmequellen zeige, könne das Schullastengesetz nicht zurückgenommen werden. Das Problem der Lehrerbildungsfrage lasse sich vorerst nicht lösen, da in absehbarer Zeit mit einer Besserung der Finanzlage nicht zu rechnen sei. Von einer Aenderung des Herzogs Albrecht im Sinne der Ausführungen des Abg. Scheef sei ihm nichts bekannt. Man gebe einer schweren Wirtschaftskrise entgegen.

Finanzminister Dr. Dehlinger bestritt die Möglichkeit weiterer Einsparungen beim Staat und einer Erhöhung der ohnedies schwer drückenden Katastersteuer. Die Gemeinden könnten die Schullasten sehr wohl tragen durch Einsparung von Ausgaben und durch Steigerung ihrer Einnahmen aus den Monopolbetrieben. Vor allem sollten sie ihre Beamten und Angestellten entsprechend dem Reichsgesetz eingruppierten. Der Sparerloß sei notwendig gewesen. Auch der preussische Minister Severing habe einen Erlaß herausgegeben. Der Minister teilte dann weiter mit, daß die Oberpostdirektion für den Wohnungsbau 2 Millionen Mark zu 9 Prozent zur Verfügung gestellt habe. Die Verwaltungsvereinfachung sei im Fluß. Geplant sei die Aufhebung der Staatsrentämter, die Einführung eines neuen Rechnungswesens, die Uebernahme des gesamten öffentlichen Vermessungswesens auf der Staat und die Aufnahme einer neuen Bezirks- und Gemeindeordnung. Die Verhandlungen mit dem Reich wegen der Reformen seien vor dem Abschluß.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 4. Juli 1925.

**Geschäftstafel.** Wir beginnen heute im Anzeigenteil mit der Veröffentlichung einer Geschäftstafel von Altensteig und Umgebung, die wir in der nächsten Woche fortsetzen und empfehlen diese der besonderen Beachtung unserer Leser.

**Uebertragen** wurde eine Amtmannstelle beim Oberamt Calw dem Regierungsassessor Dr. Heinrich Merk beim Oberamt Nagold.

**Ehrenpreise des Radfahrervereins.** Im Schaufenster des Kaufmanns G. Bucherer sind die Ehrenpreise des Radfahrervereins, um die beim 11. auf 13. Juli stattfindenden Radfahrerverein im Korsofahren und Rennen gekämpft wird, ausgestellt. Es dürften wohl kaum bei ähnlichen Veranstaltungen schönere Ehrengaben zur Verteilung gelangt sein, als die zur Schau gestellten Schmuckstücke.

**Stuttgart, 3. Juli.** (Amerikanertag im Stadtpark.) Wie seit Jahrzehnten, wird auch in diesem Jahr wieder im Stadtpark am 4. Juli anlässlich des Nationalfeiertags der Amerikaner, ein Amerikanertag abgehalten, bei dem sich die in Württemberg anwesenden Amerikaner zu einem gemütlichen Zusammensein einfinden werden. Dabei wird der Senefelder Lieberkranz Chicago auf seiner Deutschlandreise anwesend sein.

**Besuch der Schleswig-Holsteiner.** Die hier weilenden Schleswig-Holsteiner veranstalteten auf dem Waldfriedhof eine stimmungsvolle Gedenkfeier zu Ehren der Gefallenen. Pastor Ramm-Hensburg legte mit Worten glühender Begeisterung einen Kranz nieder. Abends war im Festsaal der Lieberhalle Festkommers, dem auch Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager beiwohnte. Der Vorsitzende der Bodenseefischgesellschaft „Schwaben“, Dr. Reih, hielt die Begrüßungsansprache, auf die Dr. Groß-Hensburg und Stadtrat Stad-Kiel erwiderten. Es folgten dann noch weitere Ansprachen, u. a. von Professor Dr. Scheel-Kiel, der warme, vaterländische Worte sprach.

**Aus dem Gemeinderat.** In der gestrigen Sitzung des Gemeinderats trat Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager der Behauptung des Finanzministers Dr. Dehlinger entgegen, daß die Stadt für die Besoldung der städt. Beamten jährlich 1-1,5 Millionen mehr ausgeben, als nach den Reichsvorschriften zulässig. Weiter wies der Oberbürgermeister darauf hin, daß sich der Minister des Innern und der Minister der Finanzen mit der Ausschreibung der erhöhten Steuern bezug der Nachzahlungen unter Vorbehalt der Nachprüfung des Voranschlags einverstanden erklärt habe. Die Handelskammer habe mit ihrer Erklärung Verwirrung gestiftet. Zur Erstellung eines Anbaues am Stadtpark Cannstatt für weitere Bäder wurden 37 000 Mark und zur Weiterführung des Neubaus des Frauenkrankenhaus in der Bismarckstraße weitere 300 000 bewilligt.

**Ehlingen, 3. Juli.** (Zum Liederfest.) Die Vorbereitungen zum 31. Allgemeinen Liederfest des Schwäbischen Sängerbundes sind beendet, die Stadt ist mit Ehrensparten, Kränzen, Blumen, Fahnen und Girlanden reich geschmückt. Die Gäste — man rechnet mit 21 000 bis 23 000 — werden den Eindruck bekommen, daß sie herzlich willkommen sind in Ehlingen. Die ganze Stadt, auch die Behörden haben alles getan, den äußeren Rahmen für das Liederfest würdig zu gestalten. Die 60 Meter breite Halle ist an sich schon eine Sehenswürdigkeit, sie wird von acht Bändern in einem einzigen, ungestörten Bogen mit 27 Meter Scheitelhöhe überspannt. Die Kosten sind hoch, so daß der Preis der Sängerkarte höher angelegt werden mußte, als früher.

**Ehlingen, 3. Juli.** (Zum Liederfest.) Die Ehlinger Zeitung hat zum Liederfest eine inhaltsreiche Festschau gegeben. Darin ist folgender Gruß des Staatspräsidenten Bazille enthalten: Den Sängern, die sich zum Liederfest des Schwäbischen Sängerbundes in Ehlingen zusammenfinden, sende ich die herzlichsten Grüße. In unseren Tagen ist das deutsche Lied unserem Volke wieder, was es ihm war in früheren Zeiten nationaler Ohnmacht: Der erfrischende Brunnen in dem heißen Ringen um die Wiedererlangung deutscher Herrlichkeit. Möge das Liederfest in Ehlingen von diesem Geiste befeelt sein!

**Tübingen, 3. Juli.** (Versammlungsförderung.) Gestern abend wollte der Pajist Dr. Gumpel in einer Gewerkschaftsversammlung über Deutschland und Frankreich sprechen. Zahlreiche Studenten sangen schon vor Beginn der Versammlung auf der Straße das Ehrhardt-Lied und die Nacht am Rhein. Als die Versammlung beginnen sollte, wurde sie durch lärmende Kundgebungen gestört. Professor Wilbrandt suchte vergebens zu beruhigen und zu vermitteln. Die Polizei räumte den Saal und der leitende Polizeibeamte gab den Rat, die Versammlung außerhalb Tübingens abzuhalten. Man zog dann nach Lustnau, aber auch hier wurde die Versammlung durch lärmende Kundgebungen unmöglich gemacht. Fenster Scheiben zerplitterten, Menschen und Gegenstände wurden beschädigt. Es gab eine Anzahl Verletzte. Reichsämterleute, die in der Versammlung waren, ergriffen einige Studenten und übergaben sie, nachdem ihnen anscheinend übel mitgespielt worden war, der Polizei, die sie gefesselt abführte. Die Feuerwehr von Lustnau wurde alarmiert und als dann Reichswehr von Tübingen anrückte, hörte die Belagerung auf.

**Widdach, 3. Juli.** (Besuch.) Zum Besuch der zur Zeit hier weilenden Gemahlin des früheren Kaisers trafen am Dienstag Großherzog Friedrich von Baden, am Mittwoch Herzog Albrecht von Württemberg hier ein.

**Schömberg, 3. Juli.** (Brand.) Im Anwesen des Joh. Koch, Bauer am Waldhorn, brach Feuer aus, das das große Gebäude bis auf die Grundmauern zerstörte. Das Vieh konnte gerettet werden.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Protest gegen die alliierte Luftfahrtnote.** Der Deutsche Luftfahrtverband sandte an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, den Reichsminister des Auswärtigen und an den Reichsverkehrsminister ein Telegramm, in dem gegen die neue Note der Alliierten über die deutsche Luftfahrt scharfer Protest erhoben wird.

**Billigung der franz. Marokkopolitik durch den Senat.** Der Senat sprach der Regierung sein Vertrauen aus und billigte ihre Haltung in Marokko und zwar einstimmig mit 100 Stimmen.

**Steuererleichterung in den einzelnen Ländern.** Daß die Steuern in Deutschland auf die weniger tragfähigen Schultern geladen werden, ist längst bekannt. In Amerika tritt für eine vierköpfige Familie erst bei einem Einkommen von etwa 13 000 \$ eine geringfügige Besteuerung ein. Bemerkenswert ist auch, daß das auch schwer ringende Oesterreich bei einem Einkommen von 2000 Mark mit 0,9 Prozent einsteuert, während wir: 4,5 Prozent bezahlen müssen.

**Stuttgarter Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof.** In zweitägiger Verhandlung hatten sich vor dem Süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Leipzig wegen Beihilfe zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikstufengesetz 3 württembergische Kommunisten, der Reisende Feidolin Wunsch, der Maler Eugen Sannwald und der Student Heinz Trinius, alle aus Stuttgart, zu verantworten. Gegen den Lehigenannten wurde das Verfahren abgetrennt. Wunsch war von Ende Oktober 1923 bis Juli 1924 Unterbegleitsterror- und Nachrichtenleiter des Kreises Südwest und ist unter dem Namen Michel aufgetreten. Das Urteil lautete gegen Wunsch auf 2 Jahre Gefängnis, gegen Sannwald auf ein Jahr 8 Monate Gefängnis.

## Handel und Verkehr

### Wirtschaftliche Wochenrundschau

**Werte.** Die Kurserhaltung an der Börse ist ziemlich unzulänglich. Die Kurserhaltung ist nicht mehr, doch scheint die Börse wiederholentlich als in den Vorkursen. Auf den Beschluß des französischen Ministerrats, das Andree-Blitz-Konkurrenz zu werten, fand unter ungenügender Lage eine einleitende Beurteilung und wurde an der Börse angesetzt. Die Regierung der Veranschaulichung des Finanz-Konkurrenz unter Druckhaltung der Lombardier der Behandlung hatte eine weitere Befreiung zur Folge. Doch war die Erhaltung nicht von Bestand. Ganz ähnlich unter dem Einfluß innerpolitischer, die die Unternehmenspolitik lähmten, wurde die Börse nicht über die Veranschaulichung. Besonders hervorzuheben wurde das neue Schicksal der Holz- und Steuererlöse ein. Auch die anhaltende Krise im Wirtschaftslieben verminderte. Der schwierige Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich und Polen ließ keine Zuversicht aufkommen.

**Waldmarkt.** Ultimo ist gut überstanden worden und eilt als erlösend. Die Kredit- und Zahlungsmittelanfrage waren recht bedeutend. Auch nach Erhebung der Umlaufkreditlinie setzte sich an Waldmarkt eine weitere Aufschwüfung. Raubfeld 300 auf 9. Monatsgeld auf 11 Prozent an. Die Entlastung der Reichsbank hat nicht angedeutet. Angehts des Halbjahreschlusses waren die Kredit- und Zahlungsmittelrücklässe geringer als in den Vorkursen.

**Produktionsmarkt.** Auf den Getreidemärkten zeigen die Preise leicht an. Für prompte Ware bestand harter Bedarf. An der Stuttgarter Landproduktionsbörse blieben Getreide und Stroh mit 7 bzw. 5 A von Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktionsbörse notierten Weizen 270 (+1), Roggen 225 (+3), Winter- u. Futtergerste 218 (+2), Hafer 241 (+2) Mark je 100 Linn und Mehl 36 (+4) Mark per Doppelzentner.

**Warenmarkt.** An Stelle des anstreben und notwendigen allgemeinen Preisabbaus sind namentlich die Lebensmittel unermesslich wieder teurer geworden. Die Grobhandelsindexziffer hat von 100,7 um 0,7 Prozent auf 101,3 zugenommen. Teurer sind vor allem die Erwerbsmittel. In der Textilbranche hat die Geschäftslage, die dem lebhafteren Wirtschafslage eine Zeit lang gefolgt war, nachgelassen. Es rücken sich nunmehr alle Hoffnungen auf die kommenden Fasern- und Inventuraufverkäufe im Juli, die der Geschäftslage bringen sollen. Auf den Viehmärkten sind die Preise leicht. Die Rohlebensmittel sind unverändert geblieben. Auf den Obstmärkten ist die Stimmung freudvoller geworden.

**Dolchmarkt.** Die Stille auf den Dolchmärkten hält an. Die Lage in der Baumwollindustrie ist sehr klar.

**Ämtliche Berliner Devisenkurse vom 3. Juli 1925.**

London (1. v. d. Sicil.)	20.38	20.44	20.38	20.44
Genève (1. v. d. Sicil.)	4.195	4.203	4.195	4.201
Frankfurt (100 Franken)	10.08	10.12	10.43	10.47
Paris (100 Francs)	14.08	14.12	14.78	14.82
Brüssel (100 Francs)	10.00	10.13	10.03	10.07
Schweden (100 Kronen)	81.44	81.04	81.90	81.90
Österreich (100 Schilling)	50.05	50.19	50.05	50.19

**Wirtschaft**

**Ämtliche Großhandelskassenziffern.** Die auf den 31. d. M. berechnete Kassenziffer des Reichsbankens ist gegenüber dem Ende vom 30. Juni um 0,5 Prozent auf 134,9 gewachsen. Für den Durchschnitt Juni ergibt sich eine Steigerung der Kassenziffer von 131,9 im Durchschnitt Mai auf 133,5 oder um 1,4 Prozent.

**Börsen**

**Berliner Börse, 3. Juli.** Die aufstare Lage hinsichtlich der Entwicklung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse, wie die sich entziehen den Erwartungen hinauslebenden deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen, hat an der Börse die Unsicherheit und damit die allgemeine Zurückhaltung derart verstärkt, daß die Börse einen ihrer geschäftsmäßigsten Tage erlebte. Im allgemeinen erfuhr die Börse nur geringe Veränderungen. Im Verlaufe trat die Börsennotiz bei allerdings belanglosen Umsätzen ausgedehnter hervor, wobei überwiegend leichte Verluste erlitten. Ganz ungewöhnlich war das Geschäft auch in deutschen Anleihen bei nahezu unveränderten Kursen. Am Geldmarkt lassen sich die nach dem Cassenziffern erlassenen Rückflüsse nicht einsehen. Von Devisen waren die Frankennote vornehmlich erlobt, vor allem Paris, Brüssel und Italien.

**Frankfurter Börse, 3. Juli.** Die stark hervorgetretene Geschäftslage drückte auf das Kursniveau. Die Zurückhaltung verleierte sich im Hinblick auf die innenpolitischen Fragen und der Unsicherheit über die Pariser Wirtschaftsbeziehungen.

**Stuttgarter Börse, 3. Juli.** Die Stimmung war lustlos. Bei fortgesetzten Spekulationen hielt die rückläufige Bewegung der Börse an. Es kam teilweise beträchtliches Material an den Markt, das vereinzelt größere Abgänge als gestern verzeichnete, da die Aufnahmefähigkeit heute noch geringer war als am Vortage.

**Währte**

**Mannheimer Kleinwährte, 3. Juli.** Handel mit Währten ruhig, langsam geräumt; mit Schweinen ruhig, Ueberhand; mit Rindern und Kühen mittelmäßig. Preise pro 50 Kilogramm Lebendgewicht in RM: Rinder 55-70, Schweine 65-81, Zerkel und Käse pro Stück 15-40.

**Gewinnsteile, Währte: Rinder 55-110, Milchschweine 28-35 A. - Galtdorf: Milchschweine 35-41 A. - Vörsheim: Milchschweine 28 A. - Weidenhadi: Milchschweine 24-40 A. je das Stück.**

**Getreide**

**Berliner Produktenbörse vom 3. Juli.** Weizen 1. 270-275, Roggen 1. 227-230; Winter- und Sommergerste 204-218; Hafer 1. 232-241; Weizenmehl 33,5-36; Roggenmehl 30,75-32,25; Weizenkleie 12,50; Roggenkleie 10,75; Weizen 210-220; Wintergerste 21-21,5; R. Speisgerste 25-26,5; Wintererbsen 21-24.

**Letzte Nachrichten.**

**Bülow bei Stresemann.**

**WTB. Berlin, 3. Juli.** Reichsaußenminister Dr. Stresemann gab gestern dem Fürsten und der Fürstin Bülow ein Diner, an dem außer dem Reichspräsidenten v. Hindenburg der engl. Botschafter Lord d'Abernon, der italienische Botschafter Graf Bosdari und der ägyptische Gesandte teilnahmen.

**Die bevorstehende Zwischennote.**

**WTB. Berlin, 4. Juli.** Die deutsche Zwischennote in der Frage des Sicherheitspacts wird sich, wie die „Tägl. Rundschau“ hört, im wesentlichen auf die Erklärung der strikten Punkte beziehen, so den Widerspruch, der sich zwischen den Ausführungen des englischen Außenministers Chamberlain und den Darlegungen der französischen Note hinsichtlich des Vorrichts der Verträge ergeben hat, ferner vor allem auch auf die Sanktionsfrage. Die Zwischennote wird aufs neue die Verhandlungsbereitschaft Deutschlands betonen. — Das Blatt nimmt an, daß sich bereits im August Gelegenheit zu mündlichen Verhandlungen über den ganzen Fragenkomplex bieten wird.

**Deutscher Einspruch gegen die Moskauer Todesurteile.**

Wie die Blätter hören, ist der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt worden, bei der Sowjetregierung Einspruch gegen die Vollstreckung der gegen die beiden deutschen Staatsangehörigen Dr. Kindermann und Wolsky gefällten Todesurteile einzulegen.

**Sühne für Dienstverfehlen.**

**WTB. Heidelberg, 3. Juli.** Heute fand vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung wegen des Kraftwagenunglücks auf der Eisenbahnstation Roth-Ralsch statt, bei dem am 10. 5. 11 Personen getötet und mehrere andere schwer verletzt worden waren. Vor dem Schwurgericht stand der 43-jährige Schrankenwärter Gregor Dammert, der der fahrlässigen Tötung, der Körperverletzung und der Gefährdung eines Eisenbahntransports beschuldigt wurde. Die Verhandlung ergab einwandfrei die alleinige Schuld

des Angeklagten, der sich von seiner Dienststelle entfernt hatte, um dem Gesang des Ralscher Gesangsvereins „Froh-sinn“ in einer nahen Gartenwirtschaft zu lauschen und dabei vergessen hatte, die Schranken zu schließen. So war es möglich, daß der durchfahrende Schnellzug den vollbesetzten Kraftwagen überrannte und so furchtbares Unglück anrichtete. — Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf einhalb Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 8 Wochen Untersuchungshaft.

**Zum Tode verurteilte Doppelmörderin.**

**WTB. Glogau, 3. Juli.** Das hiesige Schwurgericht verurteilte das 23-jährige Dienstmädchen Emma Schuffel aus Sagan, das am 26. November vorigen Jahres ihren 17 Tage alten Sohn und am 14. Dezember das Dienstmädchen Berta Pohl erwürgte, wegen Doppelmordes zweimal zum Tode.

**Zur Lage in China.**

**WTB. Paris, 4. Juli.** Nach einer von Havas wiedergegebenen Meldung aus Kanton ist die von dem franz. Konsul wegen des von den Chinesen in dem franz. Viertel von Schameen eröffneten Feuers überreichte Note von dem Gouverneur zurückgewiesen worden mit der Erklärung, daß er sich unmöglich den in der Note gestellten Bedingungen fügen könne. Der franz. Konsul hatte gefordert, daß zur Aufrechterhaltung des guten Einvernehmens die Kundgebungen längs des Promenadequais aufhören müßten. Die Chinesen haben dies abgelehnt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Leut. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

**AMBI** *Das Wöllchen*  
Landwirtsch. Anstalt „AMBI“  
bri Gamm Landwirtsch. Anstalt

**Persil** für Krankenwäsche  
Krankenwäsche muß desinfiziert werden. Krankheitsübertragung durch Kleidung und Wäschestücke ist keine Seltenheit. Persil tötet schon in handwarmer Lauge jeden Krankheitskeim!

**Zu verkaufen**  
ein gebrauchtes, gut erhaltenes Bett mit Koff und Matratze.  
Wer? sagt die Gesch. ds. Blattes.  
**Infertieren** bringt Gewinn!

**Großer**  
**Reste- und Abschnitte-Verkauf**  
von Woll-, Baumwoll- und Leinenwaren  
zu außergewöhnlich billigen Preisen  
Auf Sommermäntel, Kleider, Blusen, Röcke und Sommerkleiderstoffe, Sommerjoppen u. Knaben-Waschanzüge, Knaben-Blusen und Hosen Damen- und Herrenwäsche  
**10 Prozent Rabatt**  
**Reinhold Hayer Altensteig**

**Verzinkte Waren**  
Wassereimer  
Spülgölkten  
oval und rund  
Waschkessel  
Waschzuber  
Waschwannen  
extra stark mit Auslauf  
Wasserschöpfer  
Rehrichsteimer  
Sighbadewannen  
Vollbadewannen  
Kinderbadewannen  
empfiehlt  
**Henssler**  
Eisenwarenhandlung.

Altensteig-Stadt.  
Die rückständigen  
**freiwilligen Invalidenversicherungsbeiträge**  
bis einschl. Juni sind am Montag, 6. Juli 1925, auf der Stadtpflege zu entrichten.  
Stadtpflege.

Altensteig.  
**= Kaffee =**  
stets frisch gebraunt, bekannt hochfeine Qualitäten.  
1 Pfund A 3.—, 3.20, 3.50, 3.80, 4.—, 4.50.  
Hotels und Pensionen bei Mehrabnahme billiger.  
**Kaffee-Mischungen**  
mit 10 % Bohnen A 0.75  
mit 25 % Bohnen A 1.—

Grömbach.  
**Verkauf eines Maschinenhauses.**  
Weil entbehrlich verkauft die Gemeinde Grömbach ihr auf Markung Gärweiler in der Wiese im Zuberwald stehendes Maschinenhaus im öffentlichen Auktionsauf den Abbruch. Das Baumaterial ist noch in sehr gutem Zustand. Zusammenkunft beim Maschinenhaus am 11. Juli 1925, vormittags 11 Uhr. Liebhaber sind eingeladen.  
Gemeinderat.  
**Das Sammeln von Beeren jeder Art**  
auf hiesiger Gemeindegemarkung ist für Auswärtige bei Strafe verboten. Im Verletzungsfall werden die Beeren abgenommen.  
Gaugenwald, den 4. Juli 1925.  
Gemeinderat.

**Gesucht**  
werden zu sofort. Eintritt:  
8 Schreiner  
1 Maschinenarbeiter  
1 Masler  
1 Kupferschmied  
4 Dienstknechte  
1 Schweizer  
2 landwirtschaftl. Arbeiter  
1 Viehfütterer  
2 Küchenmädchen  
2 Dienstmädchen.  
Ragold, 2. Juli 1925.  
Bezirksarbeitsamt.

**Kafao Tee** garantiert rein 1 Pfund A 1.— und 1.20  
ff. Mischungen 1 Pfd. A 4.—, 5.—, 6.—, 7.—  
empfiehlt  
**Ghr. Burghard jr.**  
**Postkarten-Albums**  
empfiehlt in schöner Auswahl die  
W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

**Jeder Familie** wird durch Anschluß an den deutschen Eigenheim-Berein „Gemeinschaft der Freunde e. V.“, Wüstenrot in verhältnismäßig kurzer Zeit bei nur 5 Prozent Verzinsung des nicht selbst ausgebrachten unkündbaren Nestbargeldes  
**ein Eigenheim**  
über die gemeinnützigen Einrichtungen der Gemeinschaft der Freunde am Montag Abend den 6. Juli 1925, abends 8 1/2 Uhr, im grünen Baum in Altensteig.  
Eintritt frei!  
Wer den Vortrag nicht selbst besuchen kann, verlange alle Auskunft von der Gemeinschaft der Freunde, Wüstenrot bei Heilbronn.

# Saison-Räumungs-Ausverkauf

vom 1. bis 14. Juli.

Die Preise sind, ohne Rücksicht auf die Selbstkosten, bedeutend ermässigt!

Geschäftszeit: 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—1 und 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. — Besichtigen Sie bitte meine 8 Schaufenster.



## C. BERNER, Pforzheim

Spezialhaus für Damen- und Mädchen-Bekleidung.

### Radfahrer-Verein Altensteig

Mitglied des Radfahrer-Landesverbands Württemberg

## 30jähriges Jubiläum

verbunden mit dem Hauptfest des Radfahrer-Landesverbandes Württemberg und mit der Ausfahrt der Bergmeisterschaft des R. L. V. W. und des Cartells Süddeutscher Radfahrerverbände am 11.—13. Juli 1925

1895



1925

### Fest-Programm:

**Samstag, 11. Juli 1925**

Abends 9 Uhr Lampion-Korso durch die Stadt.  
Anschließend Festbankett im Lokal z. „Goldenen Stern“.

**Sonntag, den 12. Juli 1925**

- Morgens 5 Uhr Tagwacht,
- „ 6 Uhr Beginn der Rennen, Start neues Elektr.-Werk,
- „ 7 Uhr Bergmeisterschaft auf der Straße Altensteig-Ettmannsweiler,
- „ 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Promenade-Konzert auf dem Marktplatz,
- Nachm. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Festzug,
- „ 3 Uhr Kunst- und Schultreiben auf dem Festplatz,
- „ 4 Uhr Radballspiele,
- „ 5 Uhr Aufstieg des Riesenluftballons,
- „ 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Preisverteilung,
- „ 8 Uhr Festball und Kunstfahren im Saalbau z. Grünen Baum.

Festbeitrag 50 Pfg.

Die Einwohnerschaft wird höflichst gebeten, die Häuser zu beflaggen.

Verkaufsstände in- und außerhalb des Festplatzes werden vom Verein bestimmt.

Altensteig.

### Geschäftsübergabe.

Unsere seit Dezember 1921 zuerst in Ebhausen, dann in Altensteig betriebene Filiale:

Löwendrogerie Gebrüder Benz, Altensteig-Verbandsdrogerie ging durch Kauf am 1. 7. 25 auf

Herrn Fritz Herrlen, Med. Drogerist und Hersteller kosmet., pharm. und techn. Präparate über.

Herr Herrlen erhält von uns den Alleinverkauf unserer selbsthergestellten Spezialitäten:

Dr. Schairer's Lebertran Emulsion „Lödros“, offen u. in Flaschen sowie alle sonstigen „Lödros“ Präparate,

„Drogerol“ phosph. Futterkalk Marke A und B

nebst Fabriklager, sodaß er in der Lage sein wird, auch den Herren Wiederverkäufern bei billigster Berechnung zu Originalpreisen jedes Quantum liefern zu können.

Für das uns bisher entgegengebrachte Vertrauen danken wir an dieser Stelle u. bitten es fernerhin unserem Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Löwendrogerie Gebr. Benz Nagold u. chem. pharm. Fb. Gündringen

### Geschäfts-Empfehlung

Mit dem 1. Juli habe ich die seither von der Firma Gebr. Benz in Nagold geführte „Löwendrogerie“ in Altensteig gekauft und persönlich übernommen.

Als geprüft. Fachmann und langjähriger Angestellter bedeutender Drogerien und Selbsthersteller kosmetischer, pharm. und technischer Präparate glaube ich mich in die Lage versetzt, den Wünschen einer verehrlichen Kundschaft in jeder Weise gerecht werden zu können.

Ich werde besonders bemüht sein, durch fachmännische, pünktliche und reelle Bedienung mir das Vertrauen meiner verehrten Kundschaft dauernd zu erwerben.

Hochachtungsvoll!

Fritz Herrlen, Drogistenaufsteiger

Löwendrogerie Altensteig, Gebr. Benz Nachf.



Allein-Hersteller:  
Anton Heinen  
Pforzheim.



Schützengilde  
Altensteig.

Am Sonntag Vormittag  
von 8 Uhr ab

Schießen.

Briefordner

und

Schnellhefter

sowie

Durchschlagpapier

Schreibmaschinen

Kohlenpapier

hat stets auf Lager

die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Kirchliche Nachrichten.

4. S. n. Dr., 5. Juli.  
vorm. 10 Uhr Predigt  
über Luk. 9, 57—62: von  
Hindernissen auf dem  
Glaubensweg. Lied 398,  
257. Der Kindergottes-  
dienst fällt aus. Nachm.  
1/2 2 Uhr Christenlehre mit  
den Söhnen.

Am Mittwoch abend 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub>  
Uhr Bibelstunde im Luther-  
saal.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 5. Juli  
vorm. 10 Uhr Predigt  
vorm. 11 Uhr Sonntags-  
schule abends 8 Uhr Predigt.  
Dienstag abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
Jungfrauenverein.  
Mittwoch, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
Gebetsversammlung

Wohnungs-Mietverträge

sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhdlg.

Außer **Original-Weck-**Eindunst-Apparaten  
und -Gläsern

Fritz Bühler jr. Glas- u. Porzellanhandlung, Altensteig.

führe ich auch neutrale Marken von  
Gläsern u. Apparaten u. liefere einen  
schweren, starken, verz. Apparat  
complett mit Einsatz, Klammer u.  
Thermometer zu Mk. 8. — per Stück